

Innerbürgerlicher Dreikampf entscheidet über den Kandidaten der Mitterechts-Kräfte bei den Präsidentenwahlen 2017

Bei den bürgerlichen Vorwahlen ringen Alain Juppé, Nicolas Sarkozy und Francois Fillon miteinander. Dem Sieger wurde noch bis vor kurzem vorausgesagt, er werde damit auch gleich der nächste Staatschef, weil es kein Kandidat der Linken in die Stichwahl um das Präsidentenamt schaffen würde, und weil Marine Le Pen (die laut jetzigem Stand sicher in die Stichwahl kommen würde) keine Stimmenmehrheit zustande brächte ó eine inzwischen nicht mehr so selbstverständliche Prognose.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Innerbürgerliche Vorwahlen in zwei Durchgängen, am morgigen und dem darauffolgenden Sonntag, entscheiden darüber, wer für Frankreichs Mitte-Rechtsparteien bei den Präsidentenwahlen im April 2017 antreten wird. Bis vor kurzem galt allgemeine die Annahme, dass der Sieger auch gleich der künftige Staatschef sein würde: nach dem Versagen des sozialistischen Staatschef Francois Hollande hätte kein Linkskandidat derzeit eine Chance in die Stichwahl im Mai 2017 um das Präsidentenamt zu gelangen. Es käme also zu einem finalen Duell zwischen dem bürgerlichen Kandidaten und der Rechtspopulistin Marine Le Pen, die, so die allermeisten Prognosen, klar unterliegen würde.

Aber seit den US-Wahlen kann man derartigen Prognosen nicht mehr vertrauen. Dazu kommt, dass die Favoriten der bürgerlichen Vorwahlen allesamt ziemlich verbraucht wirken und wegen ihrer sozialpolitisch harten Vorschläge, einen Teil der vormals linken Arbeiterwähler erst recht in die Arme von Marine Le Pen treiben könnten.

Letzte Umfragen prophezeien für die jetzigen bürgerlichen Vorwahlen im Wesentlichen einen Dreikampf:

- **Alain Juppé**, der ursprünglich als unangefochten geltende Favorit liegt zwar weiter in Führung, hat aber einen Teil seines Vorsprungs eingebüßt. Juppé, 71 jährig, war von 1995 bis 1997 Premierminister. Er gilt als ausgewogener, pragmatischer und erfahrener Polit-Routinier, weshalb er auch von vielen Zentrumswählern bevorzugt wird und sogar von einem Teil der moderaten Linkswähler, die sich mit absehbaren der Niederlage der Sozialisten abgefunden haben, als Rettungsanker betrachtet wird. Meinungsforscher gehen davon aus, dass er diese Vorwahlen umso eher gewinnen würde, als es zu einer breiten Beteiligung käme (jeder französische Staatsbürger, der eine knappe Erklärung über die gemeinsamen Werte der konservativen und Zentrumsparteien unterschreibt, kann abstimmen). Wenn aber hauptsächlich der harte Anhänger-Kern der konservativen Sammelpartei šLes Republicainsö (LR) abstimmen geht, hätte Juppé weniger Chancen: eben wegen seiner vielleicht allzu routinierten, bischen eintönigen und manchmal oberlehrerhaften Art vermag Juppé keine Begeisterung auszulösen. Die konservativen Aktivisten finden ihn auch viel zu

zurückhaltend in Sachen Islam und Migration: Juppé hat den Slogan der 'glücklichen Identität' geprägt, um sich von den ständigen Unkenrufen seines Rivalen Nicolas Sarkozy über 'die Gefährdung der französischen Identität' abzuheben.

- **Nicolas Sarkozy** wirkt hingegen, wie eh und je, als rabiater Tribun der seine Versammlungen mit ständig neuen Tabu-Brüchen unter Strom zu setzen vermag und laut Umfragen gegenüber Juppé mächtig aufgeholt hat. Die zahllosen Enthüllungen über seine mutmaßlichen Schiebereien und Gesetzesbrüche ó zurzeit häufen sich wieder die Hinweise auf Zuwendungen durch den libyschen Diktator Gaddafi ó und auch das zurzeit gegen ihn anhängige Justizverfahren wegen gefälschter Angaben über seiner Wahlkampfausgaben und der Bestechung eines Staatsanwalts prallten bisher wirkungslos ab. Für seine Anhänger ist das ein 'Komplott' und sie jubeln, wenn er ihnen eine Volksabstimmung über die Abschaffung des Rechts auf Familienzugang für Migranten verspricht und das Verbot des islamischen Kopftuchs an den Unis fordert. Sarkozys Schwachpunkt bleibt freilich seine Amtsperiode als Staatsoberhaupt, die auch für seine rechtslastige Basis enttäuschend verlief und 2012 mit seiner Niederlage gegenüber Francois Hollande endete. Weshalb es Sarkozy schwerfallen dürfte, wie einst bei seinem Sieg 2007, noch einmal potentielle Le Pen-Wähler für sich zu gewinnen.
- **Francois Fillon** wirkt zwar noch farbloser als Alain Juppé, aber der hyperphlegmatische Ex-Premier (unter Präsident Sarkozy) hat sich mit einem besonders gründlichen und radikalen Sparprogramm in den allerletzten Wochen zu einem ernst zu nehmenden Rivalen für Juppé gemausert. Fillon, der schon als Premier mit bitteren Diagnosen schockte ('Frankreich ist bankrott') und von Sarkozy dafür damals gedemütigt wurde ('Er ist ja nur mein Mitarbeiter'), besticht jene, die auf eine wirtschaftliche Rosskur setzen und Juppé für zu konziliant halten. So will Fillon gleich über eine halbe Million Posten im Staatsdienst abbauen, während sich Sarkozy und Juppé mit der Hälfte begnügen würden.

Genau diese Sparprojekte kommen aber wiederum Marine Le Pen als Einfallstor gegenüber Wählerschichten gelegen, die sich ihr erstmals zuzuwenden beginnen ó also etwa öffentlich Bedienstete, die von der Linken unter Francois Hollande enttäuscht sind. Marine Le Pen ködert diese Schichten mit einem staats-lastigen, protektionistischen Sozial- und Wirtschaftsprogramm, das auch eher jenem Zeitgeist entspricht, der sich, im Anschluss an die Erfolge von Trump in den abgeschlagenen US-Industrieregionen, nur noch verstärkt hat.

Die Nationalistin bemüht sich auch um ein neues, trendiges Image: in ihrem soeben eröffneten Wahlkampf-Hauptquartier, gleich beim Elysee-Palast um die Ecke, scheint der Parteieintrag 'Front National' nicht mehr auf. Stattdessen wirbt sie mit einer blauen Rose (die rote Rose ist das Symbol der SP), an den Wänden prangen Popart-Gemälde und ein Bild von Einstein mit einer Formeln-Tafel: 'Präsident = Marine Le Pen'.

Auf der anderen Seite könnte dem künftigen bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten eine gefährliche Konkurrenz durch Emmanuel Macron erwachsen, der auch eben erst seine Kandidatur offiziell angekündigt hat. Der 38 jährige Ex-Banker, vormalige Vertraute von Präsident Hollande und zurückgetretene Finanzminister, wäre in Österreich mit den 'Neos' vergleichbar. Er versucht sich als partei-übergreifender, pro-europäischer und wirtschaftsliberaler Entrümpler in Stellung zu bringen, der gleichzeitig die anhaltende Debatte über die Haltung zum Islam als überflüssig verwirft.

